

Grundstein für interkommunale Zusammenarbeit im Gewerbegebiet Alfter Nord gelegt Alfter, Bornheim und Bonn planen Gründung einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft

Die Gemeinde Alfter, die Stadt Bornheim und die Bundesstadt Bonn planen aktuell die Intensivierung der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung in der gewerblichen Entwicklung und Wirtschaftsförderung. Ziel ist es, ansässige Unternehmen in der Region zu binden und neue Unternehmen für die Region zu gewinnen. Die Kommunen sehen in der interkommunalen Zusammenarbeit bei der Flächenentwicklung und -vermarktung den richtigen Ansatz, die immer knapper werdende Ressource „Gewerbeflächen“ regional anzubieten. Durch die Konzentration an einer Stelle können alle drei Kommunen an dem Flächenangebot teilhaben.

Auf den Prüfstand kam die gemeinsame Weiterentwicklung des Gewerbegebietes Alfter Nord. In nächster Nähe zur A 555, zur Bahnstrecke Köln – Bonn und dem Flughafen Köln/Bonn gelegen, verfügt das Gewerbegebiet über hervorragende Verkehrsanbindungen, um die umliegende Region zu erschließen. In Nachbarschaft zu den Gewerbearealen im Bornheimer Süden und im Bonner Westen finden interessierte Unternehmen hier optimale Bedingungen für hochwertige Produktion, spannende Innovationen und erfolgreiches Wachstum. Alle bisher zur Verfügung stehenden Gewerbeflächen auf Alfterer Gebiet sind bereits erfolgreich vermarktet. Der Bedarf in der Region ist aber anhaltend hoch.

Das Ergebnis der Prüfung einer interkommunalen Arbeitsgruppe aus Planern und Wirtschaftsförderern aus Alfter, Bornheim und Bonn mit Unterstützung des Bonner Planungsbüros Ulrich Hartung ergab, dass durch die kooperative Weiterentwicklung des Areals mit rund 30 Hektar Baufläche mittelfristig die Bedarfe gedeckt, vorhandene Arbeitsplätze erhalten und neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Ein gemeinsam erarbeitetes Positionspapier, das den kommunalen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt wird, schlägt dafür die Gründung einer kommunalen Arbeitsgemeinschaft zwischen Alfter, Bornheim und Bonn vor. Hierzu wird ein öffentlich-rechtlicher Vertrag geschlossen, der die Zusammenarbeit und partnerschaftliche Vermarktung regelt. Diese einfachste Rechtsform der kommunalen Zusammenarbeit gibt ihren Mitgliedern Anregungen; sie fasst aber keine für die Mitglieder bindenden Beschlüsse. Die Zuständigkeit der politischen Gremien von Alfter, Bornheim und Bonn bleibt davon unberührt. Dennoch eignet sich diese Form der kommunalen Zusammenarbeit in hohem Maße für die zügige und unbürokratische Umsetzung des Projektes.

Gemeinsame Vermarktung und partnerschaftliche Prozesssteuerung

Als Vermarkter, Vernetzer und Förderer will die kommunale Arbeitsgemeinschaft das Gewerbegebiet Alfter Nord als Standort für einen ausgewogenen Branchenmix aus Industrie, Handwerk und Handel in der Region positionieren. Ziel der Zusammenarbeit in der Gewerbeflächenentwicklung ist die gemeinsame Vermarktung der Gewerbeflächen unter einer Dachmarke. Insbesondere die Stadt Bonn sieht durch das Mitspracherecht bei der Ansiedlung der Unternehmen die Chance, potenzielle Nachfragen von Bonner Unternehmen zu decken, die ihren Standort erweitern wollen. Die Förderung des Mittelstandes und der Bestandsunternehmen in der Stadt Bonn und der Region, auch unter Einbeziehung von Partnern, ist allen drei Kommunen ein weiteres wichtiges Anliegen. Eine paritätische Prozessbeteiligung und die Einführung eines fortlaufenden Monitorings sollen wesentlich dazu beitragen, die drei Akteure bei einer nachhaltigen Qualitätssicherung zu unterstützen.



Die Wirtschaftsförderung Alfter (WFA) nimmt gemeinsam mit dem Fachbereich Planen, Entwickeln, Bauen der Gemeinde Alfter die operative Projektentwicklung vor und treibt die Bodenordnung intensiv voran. Aufgrund dessen obliegt ihr ein letztes Entscheidungsrecht bei der Ansiedlung von Unternehmen.

Fazit: Die einfache und praktikable Möglichkeit der Zusammenarbeit zur Stärkung des Lebensraums kann über Informationsaustausch und Abstimmung zukunftsfähige Impulse für die interkommunale Weiterentwicklung der Gewerbeflächen in der Region setzen. Ein gemeinsames Grundverständnis und der Wille zum zeitnahen Handeln sind bei allen beteiligten Kommunen vorhanden. Beste Voraussetzungen für den Erfolg dieses ambitionierten Projektes, das die Nachfrage nach Gewerbeflächen und qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Region langfristig positiv beeinflussen kann.

